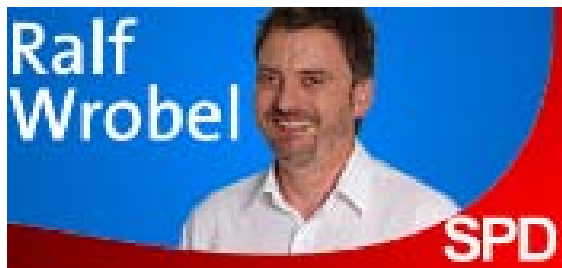


SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Frühling kommt mit großen Schritten, die Krokusblüte ist da und die Osterglocken zeigen schon vereinzelt gelbe Blüten. Die ersten warmen Sonnenstrahlen haben uns alle nach draußen gelockt.

Der Kreisverband ist gut ins neue Jahr gestartet. Für uns ist es wichtig, mit den Mitgliedern vor Ort ins Gespräch zu kommen und die Anregungen der Mitglieder aufzunehmen. So können wir die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern, Ortsvereinen und dem Kreisverband verbessern. Unser erster Außentermin hat in Börm stattgefunden. Thema war u.a. Fusionierung von Ortsvereinen und die Politik auf Landes- und Bundesebene wurden diskutiert. Ein weiterer Punkt, der an diesem Abend angesprochen wurde, war das schnelle Internet im Kreis Schleswig-Flensburg. Also alles Themen, die auch in anderen Ortsvereinen sehr großes Interesse haben.



Im Mai werden wir im Bereich Langballig eine Kreisvorstandssitzung abhalten und hierzu die Mitglieder der umliegenden Ortsvereine und Interessierte einladen. Der Termin ist für den 5. Mai geplant, die Lokalität ist noch nicht endgültig geklärt. Bitte notiert euch doch einfach schon einmal diesen Tag.

Das Treffen mit den SPD-Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden in Steinfeld wurde im März durchgeführt. Wir wollen mit diesen Terminen eine Verbesserung des Informationsflusses über die Arbeit der Landtagsfraktion bzw. Kreistagsfraktion in der Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion und den Gemeindegre-

mien erwirken und natürlich über diesen Weg schneller die Anregungen weiter nach oben reichen. Der nächste Termin wird voraussichtlich Ende Oktober oder Anfang November stattfinden, den genauen Termin verschicken wir in den nächsten Wochen.

Der Landesparteitag in Neumünster ist für uns nicht schlecht gelaufen. Birte Pauls wurde wieder in den Landesvorstand gewählt, so ist unser Kreis dort auch vertreten. Bettina Koch ist wieder als Delegierte des Parteikonventes gewählt worden. Von dieser Stelle noch einmal recht herzliche Glückwünsche an die Beiden. Unsre Antrag Zum Thema Aufhebung von sachgrundlosen Befristungen wurde angenommen.

Ich möchte schon einmal auf unseren Kreisparteitag aufmerksam machen, dieser wird im Juni 2015 stattfinden. Der genaue Termin wird derzeit noch mit dem Innenminister Stefan Studt abgeklärt. Der Termin wird aller Voraussicht nach als Abendtermin in der Woche geplant. Zur Zeit gehen wir davon aus, dass der Kreisparteitag in Tarp stattfinden wird. Eine konkrete Einladung wird zu gegebener Zeit noch verschickt.

Ich wünsche euch allen eine schöne Osterzeit, genießt die Frühlingssonne, das erste Eis draußen oder einen schönen Spaziergang in unserem wunderschönen Kreis, ob in der Geltinger Birk, an der Flensburger Förde, der Schlei, an der Treene oder Eider. Wenn dann das erste Blattgrün sich zeigt, ist ein Ausflug in unsere schönen Wälder ein Erlebnis für die ganze Familie.

Schöne Osterzeit

Euer Ralf Wrobel



SPD KV-INTERN

Unsere neuen Nachbarn - Willkommen und Herausforderung zugleich

Menschen verlassen ihre Heimat nicht freiwillig. Sie sind auf der Flucht vor Krieg, Terror, Verfolgung und bitterer Not. Oft haben sie eine monatelange, anstrengende und unsichere Flucht hinter sich, in die sie oft ihr gesamtes Vermögen investiert und ihr Leben riskiert haben, um bei uns Schutz und Sicherheit zu suchen. Sehr viele müssen in den Nachbarländern der Kriegsgebiete in den riesigen FlüchtlingsCamps bleiben, weil sie sich die Flucht gar nicht leisten können. Die Menschen, die hier ankommen, haben oft eine gute Ausbildung. Eine schnelle und gute Integration der Flüchtlinge kann also helfen, wenn wir über Fachkräftemangel reden.

Schleswig Holstein zeigt sich gerade von seiner positivsten Seite, tolerant, weltoffen und sehr hilfsbereit. Überall erlebe ich große Solidarität und tatkräftige Unterstützung trotz der großen Herausforderungen, vor der sich gerade viele Kommunen sehen, die für die Unterbringung und Begleitung zuständig sind. Auch bei uns im Kreis passiert diesbezüglich sehr viel. Viele Menschen organisieren unbürokratische Hilfe, Sprachkurse und Begleitung z.B. zu Behörden und Ärzten in Lotsen- oder Patenkreisen oder man ist einfach nur hilfsbereiter Nachbar. Es werden viele Dinge gespendet: Für die Wohnungen, Fahrräder, Schultaschen usw. AWO und andere Organisationen helfen nach ihren Möglichkeiten. Es ist beeindruckend, wie gerade in vielen Sportvereine gerade für Kinder und Jugendliche entsprechende Angebote geschaffen werden. Vieles läuft sehr gut und sehr menschlich. Die hässliche Fratze der puren Abwehr, die sich in Escheburg zeigte, ist in dem Ausmaß bei uns nur sehr selten zu sehen. Und das ist auch gut so. In anderen Gebieten Deutschlands ist die Stimmung leider oft eine andere und stellt uns vor ganz andere Aufgaben.

„Behandle die Menschen, wie Du selbst behandelt werden möchtest“.

Man möge es sich nur mal auf sich selbst beziehen und sich vorstellen, was die Männer, Frauen und Kinder die bei uns ankommen,

hinter sich haben. Wir alle wären wohl froh, wenn man uns dann mit Offenheit und Hilfsbereitschaft begegnet. Und es ist wunderbar zu sehen, dass das ja auch zurzeit gelebt wird. Ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die sich in vielfältiger Weise einbringen!

Aber natürlich muss alles auch organisiert und finanziert werden. Wir setzen im Moment alle Anstrengungen die Kapazitäten in der Landesunterkunft zu erhöhen, um hier die Kommunen zu entlasten. Wir haben die Mittel erhöht und werden deshalb andere Projekte zurückstellen müssen.

Hier jetzt einige Zahlen dazu:

3 % der in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge kommen nach SH. Diese werden nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ in die Kreise weiterverteilt, die dann auch meist entsprechend der Einwohnerzahlen in die Gemeinden verteilen. Es können aber auch andere Verteilungsformen gewählt werden.

Im Jahr 2014 sind 7500 Menschen zu uns gekommen, für das Jahr 2015 rechnen wir mit ca. 20.000 Flüchtlingen. Die häufigsten drei Herkunftsländer sind Syrien, Irak, Afghanistan. Im Kreis Schleswig – Flensburg sind im Jahr 2014 529 Menschen angekommen.

Das Land finanziert einen Grundbetrag von 60 Mio € , der Betrag ist aber dynamisiert, je mehr Flüchtlinge kommen, desto mehr Geld wird zur Verfügung gestellt.

Unterbringungskosten, Begleitung und medizinische Kosten werden zu 70% vom Land getragen. 30 % trägt der Kreis oder die kreisfreie Stadt. Das ist eine freiwillige Leistung des Landes und ist bundesweit nicht die Regel. In anderen Bundesländern wird maximal die Hälfte meistens jedoch noch darunter vom Land finanziert.

Im Haushalt für das Jahr 2015 wurden aufgrund der gestiegenen Zahlen die Mittel gegenüber dem ersten Entwurf um 53 Mio. € erhöht. Von diesen Mitteln werden u.a. folgende Leistungen finanziert:

- Die Betreuungspauschale (BP) für Flüchtlinge für die Beratung und Betreuung für dezentral untergebrachte Flüchtlingen in Höhe von 255,64 € pro Flüchtling pro Jahr wurde jetzt aufgestockt auf 380€. Das ist Unterstützung für die Kommunen. Die Mittel können die

SPD KV-INTERN

Kreise entweder selbst einsetzen oder aber auch an die Gemeinden und Träger weiterleiten, die dann die Beratung und Betreuung durchführen. Die Fahrtkosten zu Ämtern werden auch aus der BP gezahlt, leider können keine Fahrtkosten für Sprachkurse daraus finanziert werden. Ein Bus für die Fahrten kann bezahlt werden, allerdings die Kosten für den Fahrer nicht. Mit dieser erhöhten Pauschale könnten etwa 53 Personalstellen einer sozialpädagogischen Fachkraft finanziert werden. Eine Personalstelle würde danach 150 dezentral untergebrachte Asylsuchende betreuen.

- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (inkl. BP) 16,6 Mio. €

- Ausgaben für die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen (Medizinische Versorgung sowie Unterbringung und Beratung in Höhe von 6,9 Mio. €)

- Bau- und Herrichtungsmaßnahmen für Landesunterkünfte sowie deren Bewirtschaftung 12,1 Mio. € (Neumünster und Boostedt)

- Sprachkurse für Flüchtlinge mit einem ungesicherten Aufenthalt sind von 150 T € auf 1,9 Mio. € aufgestockt worden. Diese Sprachkurse können/sollen in bereits vorhandene Strukturen eingebettet werden.

- Herrichtung von kommunalen Unterkünften mit kleineren Gruppen 3 Mio.€ . Dieses Geld auch für die dezentrale Unterbringung in den Kommunen einsetzbar.

- Sprache ist der Schlüssel für eine gute Integration. Deshalb erhalten die DaZ- Zentren (Deutsch als Zweitsprache) zusätzliche Mittel in Höhe von 7,9 Mio. €, davon 240 Stellen und 2.3 Mio.€. Das Bildungsministerium hat auch ein Budget für anfallende Dolmetscherkosten angelegt, diese müssten direkt beim Ministerium angefragt werden.

- Der Anstieg insbesondere von den „Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ führt ebenfalls zu einer Anhebung des

Ansatzes auf 6,8 Mio €. Besonderheit hier ist, dass die Jugendlichen dem Jugendschutzgesetz unterliegen und somit besondere Maßnahmen erfordern, da es sich um eine besonders schutzbedürftige Gruppe handelt. Diese Mittel sollen die Jugendämter vor Ort entlasten.

- 300 T€ stehen für die ehrenamtliche Betreuung von Flüchtlingen bereit. Nach dem Vorbild der örtlichen Zuständigkeiten der vier Landgerichtsbezirke in SH (Flensburg, Kiel, Itzehoe und Lübeck) sollten 2014 jeweils 20 T€ je Bezirk in die Förderung von Projekten für ehrenamtliche Integrationshelfer fließen. Diese sollten ihre Fahrtkosten zu den von ihnen betreuten Flüchtlingen erstattet bekommen, des Weiteren sollten Einführungskurse in Ausländer- und Asylrecht für die Ehrenamtlichen daraus finanziert werden. Dieses Projekt wird jetzt erweitert und auf 200 T€ aufgestockt. Pro Kreis können 20 T€ beantragt werden.

Die Landesregierung hat einen Bericht erstellt, der eine Übersicht der verschiedenen Aktivitäten für eine menschenwürdige Unterbringung gibt. Hier ist der Link dazu: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2700/drucksache-18-2776.pdf>

Der Landtag beschäftigt sich sehr ausführlich mit diesem Thema, u.a. auch in unserer Märztagung. Informationen darüber erhaltet ihr mit dem Newsletter der Landtagsfraktion, die auch zu Veranstaltungen zu diesem Thema einlädt.

Die Situation stellt uns alle vor besondere Herausforderungen, aber es geht um Menschlichkeit. Das was wir jetzt erleben dürfen, ist gelebte Willkommenskultur und darauf können wir stolz sein. Nochmals herzlichen Dank an alle, die sich für unsere neuen Nachbarn engagieren!

Herzliche Grüße und schöne Ostertage

Birte Pauls

SPD KV-INTERN

Beiräte – die ganze Geschichte

Kreistag am 19.12.2014. Das Thema Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderungen stehen auf der Tagesordnung. Das Resultat – Ablehnung.

Dies ist aber nur die halbe Geschichte. Auch wenn die Presse in den nächsten Tagen den Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion auf nochmalige Beratung im Ausschuss vorbildlich wiedergegeben hat. Letztlich scheiterte die Idee der Einbindung und Partizipation, weil der Block der CDU/FDP und ihrer Unterstützer es nicht wollten.

Doch diese Ablehnung hat eine Geschichte und wenn schon in der Presse nicht die ganze Geschichte erzählt wird, so sollen wenigstens die Mitglieder der SPD im Kreis die wahren Hintergründe kennen und damit auch in den Diskussionen in den Verbänden und sicher auch in den eigenen Gliederungen die richtigen Argumente finden.

Ausgangspunkt war das Kreiswahlprogramm, das der Fraktion die stärkere Einbindung der Menschen in unserem Kreis mit auf den Weg gegeben hat. Unter anderem wird hier die Schaffung von Beiräten gefordert. Dem Auftrag des Kreisparteitages folgend haben sich die Mitglieder der Sozialausschusses auf den Weg gemacht, um diese Forderung umzusetzen. Zusammen mit den Grünen und dem SSW waren wir uns schnell einig, dass eine solche Einbindung in unserem Kreis sinnvoll und von den Betroffenen auch dringend gewünscht wurde.

Es folgten die ersten Beratungen im Sozialausschuss, bei dem sich zeigte, dass die Verwaltung nur ein begrenztes Interesse an der Einrichtung dieser Beiräte hatte. Nicht anders war die „Unlust“ entsprechende Mustersatzungen zu erarbeiten – aus meiner Sicht – zu deuten. Man bestand darauf, die Politik möge erst die Einrichtung beschließen und dann würde man entsprechende Satzungen vorbereiten. Ein Schritt, für den die Mehrheit im Ausschuss kein Verständnis hatte, denn nach-

haltige und verantwortungsvolle Politik sollte Entscheidungen schon in voller Kenntnis der Konsequenzen – und damit auch der inhaltlichen und finanziellen Auswirkungen – treffen.

Nach zähem Ringen hat sich die SPD-Fraktion dazu entschieden, dem Ausschuss selbstständig - d.h. ohne Hilfe der Verwaltung – entsprechende Satzungsentwürfe vorzulegen. Und siehe da – im Netz waren eine Menge Muster zu finden (warum hatte es die Verwaltung nicht gefunden?), unsere Nachbarkreise und sogar eine Mustersatzung aus dem Land waren schnell gefunden. In einem konstruktiven Abstimmungsprozess haben wir die Satzungen so auf unsere Verhältnisse umgeschrieben, dass sowohl die Betroffenen, als auch die Mehrheit im Ausschuss damit leben konnte. Die erste Hürde war genommen, der Ausschuss folgte unserer Idee. An dieser Stelle auch mal ein Dank an die Mitglieder aus den Reihen des SSW. Hier gab es eine tolle Abstimmung im Sinne der Sache!

Wer aber meint, damit sei die Sache vom Tisch, der hatte sich getäuscht. Die Verwaltung hielt einige Passagen der Satzungen für nicht mit dem Kreisrecht vereinbar und so wurde die Vorlage für den Kreistag im Hauptausschuss angehalten. Stattdessen wurde ein Antrag eingebracht, der die Politik wieder dazu bringen sollte, über die Einführung der Beiräte ohne vorherige Satzungen vorlagen zu entscheiden. Leider sprang der Sozialausschussvorsitzende auf diesen Zug auf und wir konnten nicht verhindern, dass dieser Antrag zu Abstimmung gestellt wurde. In meiner Rede zu diesem Tagesordnungspunkt wiederholte ich nochmal unsere Haltung, dass wir als verantwortungsvolle Politiker wissen sollten, was unsere Entscheidungen für finanzielle Konsequenzen für den Kreis haben. Ebenso sollte Politik sich die gestalterische Arbeit nicht aus der Hand nehmen lassen und keine Versprechungen abgeben, die nicht einhaltbar sind. Aus diesem Grund beantragte die SPD Fraktion die nochmalige Überweisung in den Ausschuss mit dem Auftrag an die Verwaltung, rechtskonforme Satzungen auf der Grundlage unserer Vorschläge vorzulegen. Leider verhin-

SPD KV-INTERN

derte die „sehr bunte“ Koalition von CDU und Co. diesen für die Betroffenen sinnvollen Schritt – die Frage der Beiräte war für diese Legislaturperiode zu den Akten gelegt.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des Sozialausschusses und die Mehrheit der SPD-Kreistagsfraktion haben sich intensiv um die Umsetzung der Beschlüsse zum Kreiswahlprogramm bemüht. In einer sehr intensiven Arbeit wurden konstruktive Vorschläge erarbeitet, Satzungsentwürfe abgestimmt und Beschlüsse vorbereitet. Als Erfolg werte ich, dass der Sozialausschuss diesen Ideen, die von uns entwickelt worden sind, in Mehrheit gefolgt ist. Letztlich hat aber die Mehrheit im Kreistag eine Lösung im Sinne der Betroffenen verhindert. Die „Schuldigen“ heißen CDU – FDP – Linke – Freie Wähler und BfB! Dies ist die Botschaft, die wir den Menschen geben müssen. Wer eine andere – eine bessere – Politik für die Menschen in unserem Kreis will, der muss bei der nächsten Wahl halt SPD wählen. So einfach wäre das!

Dirk Peddinghaus

Kreistagsabgeordneter Schleswig-Flensburg

Neujahrsempfang Kreisverband und Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg

Zum diesjährigen Neujahrsempfang des SPD-Kreisvorstandes und der SPD-Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg begrüßte der SPD-Fraktionsvorsitzende Ingo Degner im Bürgersaal des Kreistages in Schleswig viele Bürgermeister, den Kreistagspräsidenten, MdL Simone Lange aus dem KV Flensburg, MdL Birte Pauls, Carsten F. Sörensen aus Nordfriesland und viele Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gesellschaft des Kreises. Als Gastrednerin begrüßte Degner die Staatssekretärin Manuela Söller-Winkler aus dem Innenministerium, die in Vertretung des erkrankten Innenministers Stefan Studt der Einladung gefolgt war.

Ingo Degner hielt in seiner Begrüßungsrede einen Rückblick auf das Jahr 2015 unter anderem zu den Themen Rückgabe der Option

an die Bundesanstalt für Arbeit, zum Thema FAG, Haushalt 2015 und zum Theater in Schleswig. Im Hinblick auf das Jahr 2015 sprach Degner die Arbeitsschwerpunkte an wie das schnelle Internet,



Dienstleistungszentrum im Kreis, die Deutsch-Dänische Zusammenarbeit und die Verbesserung der Flüchtlingssituation im Kreis an. Besonders lobte Degner die vielen privaten Initiativen zur Betreuung von Flüchtlingen und verurteilte die Hetze der AfD gegen die Flüchtlinge anlässlich ihres Neujahrsempfangs im Kreis Schleswig-Flensburg.

In eindrucksvollen musikalischen Beiträgen nahm die Gruppe „VielSaitig“ Bezug in Gedenken des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar.

Reinhard Müller wurde die Willy-Brandt-Medaille von Ralf Wrobel und MdL Birte Pauls überreicht. In ihrer Laudatio hob MdL Birte Pauls die Verdienste von Reinhard Müller in seiner über 20jährigen Tätigkeit als Bürgermeister in der Gemeinde Kropp und für den ländlichen Raum hervor. „Überall in Kropp ist ein bisschen Müller zu erkennen“, so Birte Pauls.

Die Staatssekretärin Manuela Söller-Winkler sprach als Gastrednerin zum Thema „Eine aktive Bürgergesellschaft als Grundstein für unser Gemeinwesen“ die Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten und die Integration in unsere Gesellschaft an und verurteilte die Hetze gegen diese Notleidenden von der „Pegida-Bewegung“. „Gerade die, die sich „Patrioten“ nennen, sollten sich ein Beispiel daran nehmen, dass diese Flüchtlinge aus der Not her zu uns

SPD KV-INTERN

gekommen sind“ so Söller-Winkler. Die große Mehrheit in Deutschland sei geschichtsbewusst. Dies zeige die große friedliche Bürgerbewegungen für ein tolerantes und buntes Deutschland, die auch in Schleswig-Holstein in Kiel, Flensburg und Trappenkamp eindrucksvolle Demonstrationen organisiert haben. sich Söller-Winkler verurteilte die grauenvollen Anschläge in Paris bei Charlie Hebdo aufs Schärfste.



Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel sprach das Schlusswort und alle Anwesenden nutzen danach die Gelegenheit, intensive Gespräche zu führen beim abschließenden, leckeren Imbiss, der von Schülerinnen und Schülern des BBZ Schleswig zubereitet wurde.

Anne Marxen

AG 60+

ALSO, das Zusammenwachsen von Gemeinden und den Zentren wirtschaftlichen Lebens hat es schon immer gegeben; man denke nur an die Städte Lübeck, Hamburg oder der Rhein-Ruhr-Schiene pp.

Wir SozialdemokratenINNEN in Angeln bzw. der Halskrausgemeinden um Flensburg herum sollten für die Zukunft ein Zusammenwirken der Kommunen im administrativen Bereich wie Auskünfte und Formularwesen aus dem Personenstandsregister oder ordnungsrechtliches Verwaltungshandeln in unsere politische Arbeit einbeziehen.

Dies insbesondere, weil in der heutigen Zeit die elektronische Be- bzw. Verarbeitung von Daten nicht an kommunalen Grenzen schei-

tert. Diese Form des administrativen Verwaltungshandeln sollten wir als fortschrittliche Partei sehr wohl in einer „Zukunftswerkstatt“, beleuchten und mögliches Zusammenwirken von Verwaltungseinheiten bewerten.

Lasst uns nicht unvorbereitet in die Zukunft gehen!

Dabei ist eines klar und bedarf keiner weiteren Option: die politische und organisatorische, kommunale Einheit bleibt davon unberührt.

Hermann Jobben

Kreisvorsitzender AG 60+

Ralf Stegner zu Besuch beim KV SL-FL

Der KV Schleswig-Flensburg hatte auf der diesjährigen Klausur am 13. und 14. Februar Christianslyst, das Schullandhaus der dänischen Minderheit, als Tagungsort gewählt.

Am ersten Tag der Klausur berichtete der Fraktionsvorsitzende im Kreistag Ingo Degner über aktuelle Themen wie den geplanten Breitbandausbau im Kreis, über den aktuellen Stand des Landestheaters in Schleswig, über die WIREG und über die Einrichtung von landesweiten 312 Schulasistentenstellen ab dem neuen Schuljahr 2015. Ingo Degner arbeitet in einer landesweiten Arbeitsgruppe mit. In dieser Arbeitsgruppe werden die finanziellen Mittel behandelt, die den Kreisen für die Einrichtung dieser Stellen an Grundschulen bereitgestellt werden sollen als auch über das Anforderungsprofil von Schulasistenten. Eine Forderung ist auch, dass die Schulträger die Einstellungen vornehmen soll. In anschließender Diskussion wurde gefordert, dass die privaten Träger nicht die Verantwortung übertragen werden sondern den Schulleitungen.

Bettina Koch berichtete aus einer einer Arbeitsgruppe des Kreise „Zukunftswerkstatt Flächennutzung“. Es wird den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre Meinung zu den 10 Handlungsfelder in einem Forum einzubringen, das in Kürze auf der Homepage des Kreises eingerichtet wird.

SPD KV-INTERN



Mit Spannung wurde der Besuch des Landesvorsitzenden Ralf Stegner erwartet. Der Kreisvorstand hatte 4 Fragen erarbeitet, wozu Ralf Stegner Stellung bezog.

Zur ersten Frage „Hängt die Landesregierung den ländlichen Raum ab?“ teilte Ralf Stegner mit, dass die CDU Stimmung gegen die Städte mache. Dies könne die SPD nicht hinnehmen, sondern sucht nach Möglichkeiten im Rahmen des demografischen Wandels. Die Themen Windenergie, das FAG, die Kultur, Verkehrsinfrastruktur und Ausbau von Gemeinschaftsschulen wurde angesprochen. „Unsere großen Probleme sind die zukünftige Mobilität, ärztliche Versorgung und das Bildungsangebot“ so Stegner.



Zur zweiten Frage „Darf die SPD sich noch als Volkspartei nennen, wenn sie bei Wahlen bei 25 % liegt?“ räumte Ralf Stegner ein, dass wegen der Agenda-Politik die SPD viele Wählerinnen und Wähler an die Linkspartei verloren habe. „Eine Volkspartei definiert sich nicht über die Prozente, sondern über die Programmatik“ so Stegner. In anschließender Diskussion wurde eingebracht, dass viele Wähler sich von der Politik abgewandt hätten und nicht mehr zur Wahl gingen. Außerdem gäbe es viele Enttäuschungen über die Rente mit 63, wovon nur einige Jahrgänge profitieren.

Zur dritten Frage „Warum wurde innerhalb der SPD eine neue Linke gebildet?“ antwortete Ralf Stegner, dass diese Linke sich einmal im Jahr trifft und der Gegner in der Partei keine Linke seien. Auf Nachfrage, es gäbe schon eine Linke „DL 21“ in der Partei sagte Stegner, diese sei ein Verein, der nicht die Parteilinke vertrete.

Zur vierten Frage „Schulfrieden“ bezog Stegner Stellung, dass die Finanzierung in der Bildung an Schulen ein großer Kraftakt sei. Ziel sei es in der SPD Programmatik eine „Schule für alle“ wie es in Skandinavien seit Jahren praktiziert werde, zu verwirklichen. Es gäbe ein Problem bei der Verwirklichung der Inklusion. Die SPD will die Gleichberechtigung für jedes Kind und gleich welcher Herkunft umsetzen. In anschließender Diskussion wurde die 100%ige Unterrichtsversorgung angesprochen. Ralf Stegner teilte mit, dass die CDU/FDP-Regierung die Einsparung von Lehrerstellen durchgesetzt habe, die die jetzige Landesregierung mit jährlichen Zuweisungen von Lehrerstellen ausgleichen wolle. Die Bereitstellung von zusätzlichen Lehrstellen solle fortgesetzt werden.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel bemängelte in seinem Schlusswort an Ralf Stegner die beabsichtigte Neuschneidungen von Landtagswahlkreise und dass bei Listenplätzen für die Landtagswahlen die Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Kreis immer nur auf hintere Listenplätze gesetzt würden. Auf die Frage, ob Ralf Stegner auf dem Landesparteitag am 14./15. März in Neumünster wieder als Landesvorsitzender kandidieren werde, antwortete Stegner, dass er sich wieder zur Wahl stellen werde, sich für das Profil einer linken Volkspartei einsetzt mit dem Ziel, die nächste Landtagswahl zu gewinnen.

SPD KV-INTERN

Am zweiten Tag der Klausur wurden die Themen Kandidatenaufstellungen für die Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen, Neumitgliedertreffen, Einbeziehung des Nachwuchsprogramms, Mitgliederentwicklung und Situation Ortsvereine im Kreis und Vorbereitung des Landesparteitages am 14. und 15. März in Neumünster behandelt. Eine Neubenennung der „Kreisverbandsausschüsse“ wurde auf die nächste Kreisvorstandssitzung verschoben.

Anne Marxen

Intoleranz und Hass entgegen-treten!

Die AfA Schleswig-Flensburg tritt für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben und für eine sozial gerechte Weltordnung ein. Die Vorgänge um die Pegida-Demonstrationen können nicht geduldet werden.

Die AfA setzt sich ein für eine demokratische, offene Gesellschaft ein, gegen „völkische“ Ab- und Ausgrenzung, für eine Gesellschaft, in der Freiheit, die Einhaltung der Grundrechte und soziale Gerechtigkeit zentrale Werte sind und die Würde des Menschen als unveräußerlich geachtet wird.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist dafür, dass Deutschland weiter Flüchtlinge aufnimmt. Die Pegida-Anhänger vertreten die gegenteilige Auffassung. Bei ihnen paart sich das häufig mit einer unübersehbaren Distanz zur Politik, zum Teil mit unverhohlener Verachtung für Parteien und Politiker. Das Wort von der „Lügenpresse“ macht unter Pegida-Demonstranten die Runde. Viele unter ihnen glauben, dass das, was sie im Alltag bewegt, von Politik und Medien nicht aufgegriffen oder sogar unterdrückt wird. Laut einer Umfrage meinen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, es seien 19 Prozent. In Wahrheit sind es sechs Prozent.

Die Angst vor einer Islamisierung ist am größten dort, wo die wenigsten Muslime leben. In Nordrhein Westfalen, wo jeder dritte Muslim zu Hause ist, fühlen sich von radikalen Islamisten, IS und salafistischen Hasspredigern 46 Prozent bedroht. In Sachsen, wo kaum Muslime leben, sind es 70 Prozent. Gegen Terror und religiös motivierte Gewalttäter muss man vorgehen. Hier werden aber noch andere Ängste sichtbar: Dies ist Ausdruck einer Öffentlichkeit, die sich durch Präsenz und Praxis einer Glaubensgemeinschaft herausgefordert fühlt, weil sie um ihren Identitätskern fürchtet. Pegida versucht, das zu instrumentalisieren mit dem Appell an den „patriotischen“ Europäer, der sich vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ fürchtet.

Gerade in Deutschland, wo im Vorfeld des Nationalsozialismus vor der sogenannten „Verjudung“ der deutschen Gesellschaft gewarnt wurde und der Druck und die Nöte der von der Weltwirtschaftskrise Bedrohten gegen eine religiöse Minderheit, gegen Demokratie, Parteien und die sogenannte „Systempresse“ kanalisiert wurden, sollten wir sensibel sein, wenn heute eine religiöse Minderheit zum Sündenbock für strukturelle Probleme gemacht wird.

Die AfA setzt sich ein für Löhne, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, für auskömmliche Renten und für gute Arbeit und tritt Intoleranz entgegen,



Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine humanitäre Verpflichtung und für beide Seiten auch eine Chance. Die Flüchtlinge von heute, die unsere Gesellschaft kulturell bereichern, können die integrierten Familien und Fachkräfte

SPD KV-INTERN

von morgen sein. Wer dies will, darf aber nicht darüber hinwegsehen, dass mit den zuletzt mehr als 200.000 Flüchtlingen natürlich auch neue Probleme ins Land kommen. Wer die Chancen für unsere Gesellschaft erkennt, muss die damit einhergehenden Herausforderungen annehmen. Da liegt bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt noch vieles im Argen, bedarf es sprachlicher Integrationsangebote, intensiver Berufsberatung, zügiger Anerkennung von Abschlüssen, wirksamer Unterstützung der Städte und einer Finanzierung der Flüchtlingsunterkünfte aus dem Bundesetat.

Anne Marxen

„Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt sie zu wiederholen“
(George Santayana)

Vor 70 Jahren am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz von der „Roten Armee“ befreit. Mehr als eine Million Menschen wurden hier ermordet.

Vom Bahnhof Harrislee aus wurden 1600 Menschen in die Vernichtungslager deponiert. Am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar gedachten – wie in jedem Jahr – die SPD Kreisverbände Flensburg mit Simone Lange und Schleswig-Flensburg mit Karsten Stühmer zusammen mit der Zentralschule Harrislee und Duborg-Skolen aus Flensburg den Ermordeten und Verfolgten des Nazi-Regimes.



Die entsetzlichen Nazi-Verbrechen dürfen niemals in Vergessenheit geraten.

Dieser Gedenktag mahnt uns, jeglicher Form von Ausgrenzung und Diskriminierung aus sozialen, religiösen, kulturellen oder sexuellen Gründen sowie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschieden entgegenzutreten. Da menschenverachtendes Denken und Handeln in Deutschland und Europa wachsen und vor allem Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens immer öfter bedroht werden, darf dieses schreckliche und menschenverachtende Desaster der Deutschen Geschichte sich nicht wiederholen.

Der SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg setzt sich ein für eine Welt, in der Menschen jeder Herkunft frei und ohne Angst leben können.

Anne Marxen

Versprochen. Gehalten! Erfolgreiche Arbeit für unser Land

4. Regionalkonferenz zur Halbzeitbilanz der SPD-Landtagsfraktion Schleswig mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik

Die erfolgreiche Politik der rot-grün-blauen Koalition in der ersten Hälfte der Wahlperiode sowie Perspektiven für die zweite Halbzeit waren Thema der Regionalkonferenz „Versprochen. Gehalten!“ der SPD-Landtagsfraktion im Slesvighus in Schleswig. Bilanz zog der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner für die Fraktion, Sozialministerin Kristin Alheit warb für ein soziales, solidarisches und gerechtes Schleswig-Holstein und bekräftigte volle Tatkraft für die zweite Hälfte der Legislaturperiode. Im Anschluss ging es nach dem Konzept des „World Café“ an Themen-Tischen um Anregungen für die weitere politische Arbeit.

Die Schleswiger Landtagsabgeordnete Birte Pauls, begrüßte die ca. 70 Gäste aus vielen verschiedenen Bereichen. Sie lobte die gute Zusammenarbeit mit dem SSW. Deshalb habe man sich auch bewusst für das Slesvighus als Veranstaltungsort entschieden. Danach führte Ralf Stegner aus, dass die Koali-

SPD KV-INTERN

tion den Haushalt konsolidiere und zugleich in die Zukunft des Landes investiere. Er machte deutlich, dass sich auch die Einhaltung der Schuldenbremse mit einer Politik für Bildung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verbinden lasse. „Vorsorgende Finanzpolitik darf nicht an einer Schuldenbremse scheitern, sondern muss die Antwort auf diese sein.“



Gute Arbeit und fairen Wettbewerb zu stärken sowie Innovationen zu fördern, seien die Leitlinien. Beispiele für gehaltene Versprechen seien der Mindestlohn, eine Verpflichtung zur tarifreuen Bezahlung bei öffentlichen Aufträgen, ein Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs und Änderungen beim Mitbestimmungsgesetz.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar und nicht die des deutschen Otto-Normal-Bürgers“. Ralf Stegner machte deutlich, dass Schleswig-Holstein vor großen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen stehe. Dennoch sei die geschaffene Willkommenskultur und das breite gesellschaftliche Engagement der Bürger vorbildlich und die Landesregierung werde die Kommunen bei der Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben durch zusätzliche Mittel unterstützen. In der Bildungspolitik sei die Koalition ein gutes Stück vorangekommen; Bildung bleibe

Priorität Nummer 1 für die Küstenkoalition. Ziel ist es, alle mitzunehmen, die es schwerer haben. Das neue Schulgesetz sei nach umfassendem Dialog entstanden: Ergebnis sei im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ein zweigliedriges Schulsystem, das geeignet sei, die nächsten Jahre zu bestehen. Drei Wege führten demnach zum Abitur: G8 an den meisten Gymnasien, G9 an Gemeinschaftsschulen und der Weg über das Berufliche Gymnasium. Dadurch seien Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit gestiegen. Schleswig-Holstein habe wichtige Schritte in Richtung Chancengleichheit unternommen. Der Ausbau der Kinderbetreuung sei ein Erfolg und ein wichtiger Schritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für die Entlastung von Familien. Das Land stehe hier im Ländervergleich sehr gut da.



Nachhaltigkeit gelte aber nicht nur in der Finanzpolitik, sondern auch für Umweltschutz, Landwirtschaft und den Ausgleich von Interessen zwischen beiden.

Mit der Offensive für bezahlbares Wohnen seien seit 2013 rund 2.300 Wohnungen gefördert worden; in den nächsten Jahren würden 1.600 weitere gebaut, 2.400 modernisiert. Auch Kristin Kahlheit lag das Thema Flüchtlinge besonders am Herzen. Sie sprach sich aus

SPD KV-INTERN

für Engagement um den menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen sicherzustellen und eine gelebte Willkommenskultur. Sie setzte sich ein, für schnelle, lebenspraktische und unbürokratische Hilfen um ein vielfältiges Engagement zu stärken.

Die Ministerin machte deutlich, dass der Politikwechsel tatsächlich eingehalten wurde. Die Fraktion und Regierung setzen sich mit großer Leidenschaft und einem klaren Kurs für soziale Gerechtigkeit im Land ein. Besonders im Bereich Bildung gehe die SPD voran und gewährleistet durch hohe Ausgaben, dass Bildung ein Garant für Gerechtigkeit und Freiheit für alle bleibe.

Gute Bildung bedeutet für die Ministerin Bildung von der KITA an. In den letzten zwei ein halb Jahren habe die Koalition gemeinsam mit den Kommunen 4.000 weitere KITA Plätze geschaffen. Außerdem seien weitere Millionen-Investitionen für den Bildungsinfrastrukturausbau vorgesehen. Aber auch Qualitativ möchte die Ministerin vorgehen und Familienzentren und Programme für mehr Fachberatung fördern.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung dem Thema Inklusion. Sie betonte, dass hier großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern gelegt werde, damit man neue Wege ausprobieren könne, die nicht an der Realität vorbei gingen.

In der anschließenden Fragerunde, die wieder von der Schleswiger Abgeordneten Birte Pauls moderiert wurde ging es unter anderem um die Vorschläge zur Lehrerbesehung, Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sowie dem Umgang mit Alltagsrassismus.

An Themen-Tischen unter Leitung der jeweiligen Arbeitskreisvorsitzenden der Fraktion wurden bisherige Projekte bewertet und Wünsche und Anregungen für die künftige politische Arbeit erörtert. Diese Ergebnisse (aus allen Regionalkonferenzen) für die Themenbereiche Finanzen, Steuern und Haushalt (Leitung: Lars Winter), Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Wolfgang Baasch), Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (Martin Habersaat), Inneres, Recht und

Kommunales (Kai Dolgner), Umwelt, Energie und ländliche Räume (Kirsten Eickhoff-Weber)



sowie Wirtschaft, Technologie, Tourismus und Verkehr (Olaf Schulze) und Europa, Minderheiten und Bundesangelegenheiten (Regina Poersch) werden auf der Website <http://www.spd.ltsh.de/download> eingestellt. Zum Schluss bedankte sich der Kreisvorsitzende der SPD Schleswig, Ralf Wrobel, für das große Interesse und die aktive Beteiligung des Publikums.

Birte Pauls

Bente Reimer als AfA-Vorsitzende bestätigt

Auf der Jahreshauptversammlung der AfA Schleswig-Flensburg, die in diesem Jahr mit Wahlen stattfand, wurde Bente Reimer aus Gelting als Vorsitzende bestätigt und als neuer stellvertretender Vorsitzender wurde André Hense aus Handewitt gewählt. Reinhard Vieth stand für diese Position nicht mehr zur Verfügung.

Als Schriftführerin und für die Öffentlichkeitsarbeit wurde Anne Marxen aus Steinfeld im geschäftsführenden Vorstand wiedergewählt.

SPD KV-INTERN

Besonders erfreut zeigte sich Bente Reimer, dass als Beisitzerinnen neben Hanna Hansen aus Treia nun auch weitere Frauen mit Claudia Hellwig (Süderbrarup), Tanja Lausen (Süderbrarup) und Dorothea Krug (Sörup) in den Vorstand gewählt wurden. Als Beisitzer wurden Peter Casper (Kropp), Joachim Förster (Silberstedt), Holger Groteguth (Schleswig), Jürgen Klose (Gelting), und Harald Schaper (Silberstedt) wiedergewählt. Mit der Wahl von Tom Landfester (Busdorf) und Reinhard Tramsen (Süderbrarup) als neu gewählte Beisitzer wurde der Vorstand verstärkt.



Bente Reimer wurde als Delegierte für den Kreisparteitag und als Ersatzdelegierter wurde Joachim Förster gewählt.

Als Delegierte und Ersatzdelegierte für die AfA Landeskonferenz am 26. September 2015 in Kiel wurden in der Reihenfolge 1. Bente Reimer, 2. André Hense, 3. Anne Marxen, 4. Peter Casper, 5. Hanna Hansen, 6. Holger Groteguth, 7. Tanja Lausen, 8. Jürgen Klose, 9. Claudia Hellwig, 10. Harald Schaper, 11. Dorothea Krug, 12. Tom Landfester, 13. Joachim Förster, 14. Reinhard Tramsen gewählt.

Einen großen Raum nahm die Beratung der Anträge ein.

Folgende Anträge wurden beschlossen:

A 1: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, keine Ausnahmen beim Mindestlohn zulassen!
Ergänzung im 1. Absatz, 6. Zeile, hinter „Das Alter“ einfügen „das Geschlecht, der Nationa-

lität und Menschen mit Behinderungen“, Weiterleitung an die AfA Landeskonferenz

A 2: Für eine Pflege-Bürgerversicherung, Weiterleitung an die AfA Landeskonferenz

A3: Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit eindämmen – Stärkung der Mitbestimmung und der Interessenvertretungen, redaktionelle Überarbeitung und Weiterleitung an die AfA Landeskonferenz

A 4: Sachgrundlose Befristungen § 14ff des Teilzeit- und Befristungsgesetzes aufheben, redaktionelle Überarbeitung und Weiterleitung an die AfA Landeskonferenz

A 5: Ein Betrieb ein Tarifvertrag ja, aber kein Tarifeinheitsgesetz, Weiterleitung an den AfA Bundesvorstand.

Aus aktuellem Anlass wurde die Absicht der Bundesregierung zur Privatisierung der Autobahnen diskutiert. Der AfA Vorstand wurde beauftragt, einen Antrag mit dem Thema „Keine Privatisierung und Teilprivatisierung der Autobahnen“ zu formulieren, der an den AfA Bundesvorstand gerichtet werden soll.

Bente Reimer
Kreis AfA-Vorsitzende

Aus der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Wir haben uns in den vergangenen Monaten vor allem mit den folgenden vier Themen beschäftigt:

1. Thema: Inklusion

Inklusion ist ein Dauerthema, um nicht zu sagen „Dauerbrenner“, und das nicht nur bei uns in der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, sondern vor allem an den Schulen, die vor dieser Aufgabe stehen und zu Recht mehr Unterstützung einfordern. Auch wenn wir in Schleswig-Holstein bundesweit die höchste Inklusionsquote unter den Flächenländern aufweisen, bleibt noch viel zu tun! Viele Schulen fühlen sich von der Politik alleingelassen und pochen darauf, dass Inklusion nicht zum „Nulltarif“ zu haben sein wird, sondern eines fest etablierten Unterstützungssystems bedarf. Mit Christine Pluhar haben wir eine aus-

SPD KV-INTERN

gezeichnete Expertin zu diesem Sachgebiet in unserem Vorstand.

2. Thema: Schulassistenten

Hierbei handelt es sich um ein Unterthema zum großen Thema Inklusion. Das Bildungsministerium hatte im Rahmen seines Inklusionskonzepts im vergangenen September angekündigt, dass zum 1. August 2015 Schulassistenten im Umfang von 314 Stellen an die Grundschulen kommen sollen. Dabei handelt es sich nicht um Lehrerstellen, sondern um Unterstützungspersonal. Die Kosten dafür wurden auf der Basis von Erzieherstellen kalkuliert. Das Bildungsministerium rechnet damit, wie uns Staatssekretär Dirk Loßack auf der letzten Landesvorstandssitzung der AfB im Februar mitteilte, dass mit dieser vom Land finanzierten Summe zwischen 400 und 600 Stellen (Voll- und Teilzeitstellen) an den Schulen ankommen werden.

Hinsichtlich der Mindestqualifikation zeigt sich das Ministerium allerdings großzügig. Natürlich sind an den Schulen in erster Linie SozialpädagogInnen, ErzieherInnen oder KrankenpflegehelferInnen erwünscht. Da man aber vielleicht nicht ganz zu Unrecht vermutet, dass der Stellenmarkt zurzeit wenig hergibt, sollen auch Personen mit „sozialer Erfahrung“ eingestellt werden können. Das haben wir kritisiert, weil darunter fast jede / r fällt, werden wohl aber nichts ausrichten können.

Ein weiterer Punkt, über den wir uns schon in der letzten Ausgabe von KV-Intern geäußert haben, betrifft die Anstellungsträgerschaft. Wir halten es für die beste Lösung, wenn die Schulträger selbst das Ausschreibungsverfahren durchführen, dann sind die Politik und die Schulleitung mit am Tisch. Beide können und müssen u.E. auch die Dienst- und Fachaufsicht leisten. Das Ministerium hält sich aber bedeckt, das Gesamtpaket auch an die freien Träger zu vergeben. Das wäre aus unserer Sicht die schlechteste Lösung! Darin herrschte unter den anwesenden AfBlern in Kiel große Übereinstimmung. Klar ist bisher nur, dass das BiMi selbst nicht eigene Kräfte einstellen wird. Die letzte Meldung in dieser Frage betrifft den Hinweis, dass jetzt in der Staatskanzlei nach einer Lösung gesucht wird. Auch die im Inklusionskonzept geäußerte Variante, ein großes

Kompetenzzentrum im jeweiligen Kreis könnte die Trägerschaft übernehmen, ist offenbar wieder im Gespräch. Wir dürfen gespannt sein, welche Variante letztendlich zum Zuge kommt und uns nach Ostern präsentiert wird! Auch über den Aufgabenkanon der Schulassistenten hat man sich weitgehend geeinigt. Klar ist, dass die Schulassistenten keinen eigenverantwortlichen Unterricht durchführen dürfen. Wir haben auch darauf gedrungen, dass die Schulassistenten auf keinen Fall für Elterngespräche eingesetzt werden. Das ist ein sehr schwieriges Gebiet, bei dem Meinungsverschiedenheiten zwischen Lehrkräften und Assistenten zu großen Problemen an den Schulen führen könnten.

3. Thema: Wie teuer ist Schule für Eltern?

Für eine Bildungspartei wie die SPD sind soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit politische Ziele, die immer oben an gestanden haben und nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Schulerfolg darf nach unserer Sicht nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Dazu haben wir am 24. März 2015 eine Veranstaltung - „Wie teuer ist Schule für Eltern?“ - in Lürschau durchgeführt, auf der u.a. Dr. Thomas Hillemann vom Landeselternbeirat Gymnasien, Matthias Heidn von der GEW und Ingo Loeding vom Deutschen Kinderschutzbund referierten und in einer anschließenden Podiumsdiskussion zusammen mit unserer MdL Birte Pauls Rede und Antwort standen. Organisiert wurde die Veranstaltung von unserem Vorstandsmitglied Elke Krüger-Krapoth, die auch die Podiumsdiskussion leitete. Für uns Sozialdemokraten genießt gute Bildung absolute Priorität! Jedes Kind und jeder Jugendliche muss die Bildung erhalten, die seinen Kompetenzen entspricht!

4. Thema: Verzicht auf die dreijährige Testphase für GemS-Oberstufen

Die AfB unseres Nachbarkreises NF hat auf dem Landesparteitag am 14. / 15. März 2015 einen Antrag eingebracht, in der eine Abkehr von der bisherigen Verwaltungspraxis gefordert wurde, die vorsieht, dass Gemeinschaftsschulen vorerst nur eine auf drei Jahre befristete Genehmigung für den Betrieb einer gymnasialen Oberstufe erhalten. Tho-

SPD KV-INTERN

mas Löwenbrück (NF) argumentierte vor dem Landesparteitag, dass Eltern und SchülerInnen Planungssicherheit bräuchten, wenn sie sich für diese Schulart entschieden. Das gleiche gilt für den Schulträger, der seine Zustimmung zu Baumaßnahmen nicht von einer Befristung abhängig machen kann. Auch unsere Landes-AfB unterstützte diesen Antrag sowie eine ganze Reihe von Rednern. In der Abstimmung stieß er auf fast einhellige Zustimmung!

Dr. Hans-Werner Johannsen
AfB-Kreisvorsitzender

Antrags-Controlling Anträge KPT und Anträge Landesparteitag (LPT) bzw. Landesparteirat (LPR) 2014

Antrag A 1 (AfA SL-FL) „Ansiedlung Firmen an der BAB“

Hierzu wurde ein Vorschlag vorgelegt, der an den nächsten LPT weitergereicht werden soll. Antrag wurde neu formuliert und an den LPT am 27.09.2014 unter dem Titel „**Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit eindämmen – Stärkung der Mitbestimmung und der Interessenvertretungen**“ Antrags-Nr. W 9 weitergeleitet. Dieser Antrag wurde an den LPR überwiesen und wurde auf der Sitzung des LPR am 30.11.2014 wegen „Nichtbefassung“ abgelehnt!

Antrag B 1 (AfB SL-FL) „Uni Flensburg“

Der Antrag wurde an die SPD-Landtagsfraktion weitergeleitet.

Bisher noch keine Antwort.

Antrag B 2 (OV Steinfeld-Ulsnis) „Kinder haben ein Recht auf gute Bildung“

Dieser Antrag wurde an die Landtagsfraktion weitergeleitet.

Bisher keine Antwort erhalten.

Antrag EU 2 (OV Süderbrarup) „Ablehnung TTIP und weitere“

Dieser Antrag wurde vom LPT, Antrag Nr. W 2, an den LPR weitergeleitet. Der LPR hat diesen Antrag an die LPR-Sitzung im Januar 2015 überwiesen.

Auf der Januar-Sitzung des LPR wurden die Anträge W 1 (LV SH) und W 8 (Umweltforum) angenommen. Der Antrag W 2 vom KPT SL-FL wurde als „erledigt durch Annahme der Anträge W 1 und W 8“ versehen.

Antrag F1 (Jusos SL-FL) „Gesetzliche Begrenzung des Dispokredits“

Dieser Antrag wurde an alle Gremien verschickt. Bislang noch keine Antwort.

Antrag M 1 (AfA SL-FL) „Mindestlohn“

Dieser Antrag wurde an den LPT, Antragsnr. W7, weitergeleitet. LPR hat auf seiner Sitzung am 30.11.2014 den Antrag als „erledigt durch Annahme des Antrags W 6 vom LV“ versehen.

Antrag P 1 (OV Süderbrarup) „Für eine bessere Personalausstattung in den Pflege- und Krankeneinrichtungen als auch für eine durchlässige Pflegeausbildung in den genannten Einrichtungen“

Dieser Antrag wurde an den LPT, Antrags-Nr. S 6, weitergeleitet und wurde an den LPR weitergeleitet. Der LPR hat auf seiner Sitzung am 30.11.2014 diesen Antrag angenommen.

Antrag P 1 (OV Süderbrarup) „Bürgerversicherung in der Pflege“

Dieser Antrag wurde unter dem Titel „Für eine solidarische, paritätische Pflege-Bürgerversicherung“ Antrag-Nr. S 8 an den LPT weitergeleitet. Dieser Antrag wurde auf der Sitzung des LPR am 30.11.2014 angenommen und an die Landtagsfraktion und Bundestagsfraktion weitergeleitet.

Antrag P 2 – (AfA SL-FL) „Bürgerversicherung in der Pflege und eine bessere Personalausstattung und durchlässige Ausbildung in der Pflege“

Dieser Antrag wurde an den LPT weitergeleitet. Dieser Antrag wurde mit dem Antrag Nr. P 1 vom KPT zusammengefügt (siehe P 1).

SPD KV-INTERN

Antrag P 5 (OV Borgwedel) „Keine Zustimmung einer Pflegekammer in SH“

Dieser Antrag wurde an den LPT weitergeleitet und dort an den LPR weitergeleitet. Dieser Antrag wurde abgelehnt und der Antrag S 4 (ASG SH) „Die Pflegekammer fällt nicht vom Himmel“ wurde mehrheitlich angenommen mit dem Zusatz „Anstrengung, dass die Beiträge über die Vertragsarbeitgeber der Pflegekräfte zu entrichten sind“.

Antrag PS 1 (OV Schleswig) „Pflegestützpunkt SL-FL“

Dieser Antrag wurde an die Kreistagsfraktion weitergeleitet.

Bisher keine Antwort erhalten.

Initiativantrag „Ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking“ vom KPT

Dieser Antrag wurde an den LPT weitergeleitet. Dort wurde dieser Antrag mit der Nummer U 7 an den LPR weitergeleitet. Der Antrag wurde als erledigt durch Annahme der Anträge U 5 (KV Pinneberg) und U 6 (Umweltforum) (Änderung des Bergrechts) angenommen.

Antrag des KV Schleswig-Flensburg „Stopp von Waffenlieferungen in Krisengebiete“, Antrag A 4 wurde vom LPT am 24.09.2014 in Lübeck angenommen.

Für die Arbeitsgruppe im KV SL-FL:

Hanna Hansen, Bente Reimer, Arne Bockmeyer und Anne Marxen am 05.02.2015

Treffen der SPD-Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende im Kreis SL-FL

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg lädt regelmäßig alle SPD-Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende zum Erfahrungsaustausch ein. Beim Treffen im Landgasthof Jäger's Ruh in Steinfeld am 4. März nutzen viele Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die Möglichkeit, über aktuelle Themen des Kreises und Landtages zu diskutieren und ihre Ideen einzubringen.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel eröffnete das Treffen und berichtete über aktuelle Themen des Kreisvorstandes. Er regte an, dass es durch den demografischen Wandel dringend notwendig sei, neue und jüngere Mitglieder zu gewinnen. Hierfür steht Immo Degner als Mitgliederbeauftragter des Kreisvorstandes den Ortsvereinen beratend zur Verfügung.



Der Bürgermeister der Gemeinde Steinfeld Heinrich Buch richtete Grußworte an die Anwesenden und berichtete über die vielfältigen Aktivitäten in der Gemeinde Steinfeld.

Karsten Stühmer, in Vertretung des erkrankten Fraktionsvorsitzenden Ingo Degner im Kreistag, berichtete über aktuelle Themen aus dem Kreistag wie die Bestrebung der kreisweiten Breitbandversorgung, der Wireg und der Gebietsreform „Flensburger Vorschläge“. In anschließenden Beiträgen wurde angeregt, dass regionale Lösungen für die Breitbandversorgung sinnvoller wären als eine kreisweite Versorgung, da in einigen Ämtern bereits die Breitbandversorgung realisiert worden sei. Für die Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum hat sich die Wireg bewährt und bedarf keine Neuordnung. Genauso sei der Vorstoß der Stadt Flensburg mit der Forderung einer Großgemeinde Flensburg nicht sinnvoll. Von den Anwesenden wurde angeregt, dass die SPD-Kreisverbände Flensburg und Schleswig-Flensburg sich dringend zum Meinungsaustausch zusammensetzen müssen.

MdL Birte Pauls berichtete über aktuelle Themen aus dem Landtag. Für die Betreuung von Flüchtlingen stellt das Land den Gemeinden finanzielle Mittel zur Verfügung. Birte Pauls

SPD KV-INTERN

sprach das Thema Energiegewinnung an, wozu es intensiven Gesprächsbedarf gab und ein Austausch zum Beispiel über die unterschiedlichen Handhabungen in den Gemeinden bei Genehmigungen von Biogasanlagen.

Alle Anwesenden begrüßten die regelmäßigen Treffen zum Erfahrungsaustausch und regten abschließend an, dass die Einrichtung eines E-Mail-Netzwerks zur Unterstützung der örtlichen Mandatsträger sinnvoll wäre.

Anne Marxen

Neue Lindaunisbrücke in Planung

Der Einladung von den SPD-Ortsvereine im Amt Süderbrarup folgten am 17. März über 100 Interessierte und sie nutzten die Gelegenheit, aus erster Hand vom Wirtschafts- und Verkehrsminister Reinhard Meyer im Landgasthof Jäger's Ruh in Steinfeld über den aktuellen Planungsstand einer neuen Lindaunisbrücke informiert zu werden.

Die jetzige Brücke über die Schlei bei Lindaunis wurde 1924 gebaut und einige Brückenteile stammen aus dem Jahr 1892. Eine neue Brücke mit Bahnschienen, zweispuriger Fahrbahn sowie eines Geh- und Radweg ist Planung. Die CDU/FDP-Vorgängerregierung hat im Jahr 2008 mit der Deutschen Bahn AG (DB) verhandelt, dass die Kosten für eine neue Lindaunisbrücke mit 32% für die DB und 68% für das Land aufgeteilt werden. Nach jetzigem Kenntnisstand wird der Neubau 46 Millionen Euro kosten. Im Landeshaushalt sind diese für



die Jahre 2018 und 2019 vorgesehen. In den Jahren 2015/16 soll das Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren erfolgen.

Im Mai 2015 wird der Landtag eine Entscheidung treffen. Der Baubeginn ist in Absprache mit der DB vor dem Jahr 2018 vorgesehen und soll 2018 abgeschlossen sein.

Die DB wird im Rahmen einer Veranstaltung am 26. März in Stubbe den Plan der neuen Brücke vorstellen.

Der Leiter des Landesbetriebes Verkehr und Straßen Herr Conrad ergänzte Reinhard Meyer in technischer Hinsicht. In diesem Jahr werden die Fahrbahnplatten der alten Brücke ausgetauscht. Ein Abstellgleis für die Angelner Dampfeisenbahn kann aus Landesmitteln nicht finanziert werden. Es wurde angeregt, Mittel über die Aktivregion zu beantragen.

In anschließenden Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, wie wichtig eine neue Brücke über die Schlei in Lindaunis für Berufspendler, Wirtschaft und Tourismus ist. Angeregt wurde wie schon beim Besuch des Ministers an der Schleibrücke im Jahr 2013, dass auch eine Bahn-Haltestelle in Lindaunis von großer Wichtigkeit sei. Hier versprach der Minister, dass er eine Haltestelle an Wochenenden prüfen lassen wird.

Auf Nachfrage, warum es einigen Unternehmen erlaubt ist, mit Schwerlasttransporten die Brücke zu nutzen, berichtete der Minister, dass diese eine Ausnahmeregelung beantragt hatten. Die Ausnahmeregelung kann beim Landesbetrieb Verkehr und Straßen beantragt werden.

Anne Marxen

Bericht aus dem Kulturausschuss:

"Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar ausgegeben ist" (Mark Twain). Kultur ist mehr als alles andere, - ein Wert an sich.

Die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg ist Träger der kreiseigenen Kultureinrichtungen: Gemeinschaftsarchiv, Kreismu-

SPD KV-INTERN

sikschule und Landschaftsmuseum Angeln in Unewatt.

Sie besteht seit 1987 als "gemeinnützige rechtlich selbständige kommunale Stiftung" zur Förderung der Kulturarbeit. Sie bündelt die kulturellen Aktivitäten des Kreises, fördert Kultureinrichtungen und unterstützt - auf Antrag - kulturelle Projekte von Vereinen, Verbänden oder freien Trägern.

Alle vier Jahre wird der Kulturpreis (nächste Kulturpreisvergabe im Jahr 2016) des Kreises Schleswig-Flensburg für besonders künstlerische Leistungen vergeben.

Für den Kreis Schleswig-Flensburg vertritt die Kulturstiftung die deutschen Interessen in der deutsch-dänischen Kulturfachgruppe zur Intensivierung einer grenzüberschreitenden Kulturkooperation.

Ein regelmäßig erscheinender Kulturbrief informiert über kulturelle Veranstaltungen und Aktivitäten der Kulturstiftung, sowie der Newsletter der Kreismusikschule ich empfehle, das Lesen dieser News.

Das Gedächtnis des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Schleswig ist das Gemeinschaftsarchiv.

Die Musikschule unter der Leitung von Willi Neu – einem Werbeexperten– ist angeschlossen am Verband der deutschen Musikschulen. Unsere Kreismusikschule ist aktiv und dieses zeigt sie auch immer wieder, zu unterschiedlichen Gelegenheiten. Sei es im Kreishaus zu feierlichen Anlässen oder Veranstaltungen die sie selbst inszeniert. Zu kulturellen Ereignissen wie bei der 20 Jahrfeier Unewatt, als musikalische Begleitung bei den unterschiedlichsten Ereignissen und als verlässlicher Partner in unseren Schulen im Kreis Schleswig-Flensburg. Als Bläserklasse, als Musikschulunterricht etc. Seit dem 01. März 2015 haben wir eine neue Museumsleitung. Herrn Clausen haben wir nach über 20 Jahren Tätigkeit für das Museum in seinen wohl verdienten Ruhestand geschickt. Als neue Leitung hat sich Frau Latendorf bereits einen ersten Überblick verschafft und nach ein paar Tagen auch schon konkrete Vorstellungen entwickelt. Wir sind gespannt auf ihre Sicht und Herangehensweise unser Museum weiter zu entwickeln und voran zu bringen.

Voran geht es auch mit dem Kauf des Chisteses-Hof. Der Kulturausschuss hat auf der letzten Sitzung den Beschluss zum Kauf gefasst, worauf wir seit nun ein paar Wochen auch Besitzer des Hofes sind. Der Hof soll saniert und Renoviert werden und dem Museum als ganzjährige Tagungsstätte zur Verfügung stehen. Auch soll es eine Art kulturelles Zentrum werden, aber dieses gilt es zusammen mit der Gemeinde Langballig, der neuen Museumsleitung und der Kulturstiftung zu erarbeiten. Ein spannender und notwendiger Prozess der starten wird. Maßgeblich für die ganzen Maßnahmen war das EWS-Gutachten. Dieses Gutachten hat die Stolpersteine von Unewatt herausgearbeitet und auch zugleich mögliche Lösungen vorgestellt. Die Einwohner wieder mehr mit einzubinden haben Frau Precht und Herr Clausen schon im letzten Jahr angefangen. Eine Marketingstrategie mit der Flensburg-Fjord-Touristik in Höhe von fast 50.000€ werden wir in diesem Jahr aufsetzen, um die Besucherzahlen weiter nach oben zu treiben. Festzustellen ist, dass nach der Schließung der Volkskundlichen Sammlung auf dem Heesterberg, keine öffentlich umfängliche Volkskundliche Sammlung im Landesteil Schleswig mehr existiert, abgesehen von einigen kleinen Dorfmusen oder privaten Sammlungen. Hier erwarten wir vom Land auch eine Unterstützung bei der Neugestaltung der Hofanlage – welche uns vom Kulturministerium auch in Aussicht gestellt worden ist.

Der Förderverein des Museums, ist ein ständiger Begleiter, aber auch ein großer Geldgeber des Museums. Ohne diese Unterstützung durch zahlreich Mitglieder die sich dem Museum verbunden fühlen, war es bereits möglich, einige Inventarstücke des Christesen-Hof zu erwerben und für das Museum zu sichern.

Neben des Kreiseigenen Einrichtungen gibt es auch zahlreiche private Einrichtungen, Einrichtungen anderer Träger, Vereine und Verbände. Sie werden zum Teil von der Kulturstiftung unterstützt oder man arbeitet intensiv zusammen. Hier seinen nur die Zahlen genannt. Neben den großen Einrichtungen wie Idstedtstiftung, dem Dannewerk haben wir über 28 Kulturvereine, 31 Heimatmuseen, Sammlungen und Mühlen sowie über 21 Thea-

SPD KV-INTERN

tergruppen. Bleibt noch die Kulturstiftung der NOSPA zu erwähnen, welche mit zahlreichen Beträgen die Arbeit der Stiftung und anderen unterstützt.

Zur Finanzierung dieser Arbeit dient die EON-Hanse Dividende, welche derzeit gute Einkünfte verzeichnet, rund 1.84 Mio. € und auch im nächsten Jahr wird dies so sein, auch wenn es einen kleinen Rückgang gibt. Gegenüber 2012 sind dies gut 400.000 € mehr, ich glaube, das kann kein anderer Kreis in Schleswig-Holstein von sich sagen, dass das Kulturbudget so gut ausgestattet ist. Grundlage dafür war der weise Beschluss des Kreistages im Jahr 2002, einen Teil des Aktienvermögens auf die Kulturstiftung zu übertragen.

Wo finden wir die Schlagzeile „Der Kreis hat 400.000€ mehr im Kulturhaushalt“? - Zum anderen Trägt es dazu bei, dass der Kreis keine Mittel aus seinem Haushalt für Kulturarbeit zur Verfügung stellen muss, selbst das Landestheater wird aus den Stiftungsgeldern bestritten – eine echte Haushaltskonsolidierung!

In diesem Jahr geht es um die Neubesetzung des Direktors der Kulturstiftung. Dr. Matthias Schartel wird uns leider im August verlassen und in seinen verdienten Un-Ruhestand gehen, die Stelle ist bereits ausgeschrieben und soll schnellst möglich besetzt werden.

Die kulturelle Arbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig darf nicht gefährdet werden. Hier gilt es Augenmaß zu behalten, dass auf beiden Seiten der Grenze ein vielfältiges kulturelles Angebot erhalten bleibt und besonders den kleinen Kulturprojekten die Möglichkeit zur Entwicklung geboten wird.

Nun könnte man meinen, dass der Kulturausschuss sich nur um die Kultur kümmert, aber am Anfang steht die Bildung. So ist auch der Kulturausschuss unter anderem zuständig für die Förderzentren im Kreis. Hier haben wir zwei eigene Förderzentren in Sürderbrarup, die Schule am Markt, und in Schleswig ,die Peter Härtling Schule. Mit der Stadt Flensburg haben wir einen Schulverband für die Friholtschule in Flensburg. Zur Zeit laufen die Bauarbeiten an der Peter-Härtlingschule, welche wir in den vergangenen Sitzungen des

Kreistages mit beschlossen haben, um die verheerende Situation der Klassengröße zu beheben. An der Friholtschule holen uns die Bausünden der 60er und 70er Jahre ein, hier sind gravierende Brandschutzmaßnahmen notwendig, welche in die Millionen-Beträge gehen. Diese sind konzeptionell abzuarbeiten und werden auch den Haushalt des Kreises mit fast 50% treffen.

Dankenswerterweise hat der Kreistag auf der Sitzung im Februar beschlossen, die Sozialpädagogischen Assistenten Stellen zu erhöhen, ich gehe davon aus, dass der FD Personal hier entsprechend gearbeitet hat und die Stellen nun besetzt worden sind.

Mittlerweile gibt es zwei Klagen gegen die Schulkostenbeiträge im Land Schleswig-Holstein, welche wir aus Konsolidierungsgründen erheben müssen. Hier haben mittlerweile fast alle Gemeinden im Kreis dem Musterverfahren zugestimmt, sodass wir auf eine Entscheidung der Gerichte warten müssen.

Im letzten Jahr haben wir eine große Bildungskonferenz einberufen, dieses wollen wir in diesem Jahr wiederholen. Am 26. September soll diese stattfinden. Neben den bis dahin auf den Weg befindlichen Bildungslandschaften, welche der Kreis mit 100.000€ bezuschusst, wollen wir auch einen Ausblick geben – Bildung ist unser höchstes Gut – Bildung geht nicht nur im Kindergarten, Schule und Berufsschule sondern auch danach, im Alter, im Beruf usw.

Das BBZ in Schleswig ist auch ständiger Begleiter unserer Ausschusssitzungen. Neben der Eigenständigkeit pflegen wir einen regen Austausch und die Liegenschaft gehört nun einmal dem Kreis. Wir können auf diese Perle stolz sein, auf zahlreichen Tagungen mit anderen RBZ und BBZ konnte man immer feststellen, dass die angeblichen neuen Ideen von Herrn Henken und seinem Team bereits entwickelt worden sind oder sich schon in der Umsetzung befinden. Nicht umsonst kommen andere Bundesländer in unser BBZ und lassen sich durch die Mitarbeiter beraten, wie man ein erfolgreiches Berufsbildungszentrum macht. Neu ist auch, dass jeder Schüler im Kreis Schleswig-Flensburg, der die Voraussetzungen für das Gymnasium hat, am Ende der 10. Klas-

SPD KV-INTERN

se einen garantierten Platz am Beruflichen Gymnasium hat. Wir tragen das Gymnasium in die Fläche, nach Kropp, Süderbrarup, Kappeln und Tarp.

Ein großes Problem beim BBZ bleibt – das Internat. Im Zuge der Demographischen Entwicklung wird es immer mehr Landesfachklassen geben. Wenn wir diese Klassen nicht mehr haben oder weitere dazu bekommen, stellen wir unser ganzes BBZ in Frage. Ein BBZ mit 500 Schülern ist nicht lebensfähig und hier haben wir, Fraktionsübergreifend, einen klaren Prüfungsantrag gestellt. Wir brauchen ein gutes Internat um diese Landesfachklassen zu bekommen, Rendsburg hat es vorgemacht, 7 Landesfachklassen, ein Internat was nahezu ausgebucht ist, und sich somit selber trägt. Die Sanierung des Altbestandes wird in diesem Jahr mit gut 250.000€ schon angegangen, aber das reicht nicht. Ein modernes Internat sieht deutlich anders aus.

Als letzten Punkt sei noch kurz der Sport zu nennen. Wir haben im letzten Jahr den Vertrag mit dem KSV verlängert. Der Kreis fördert den Freizeit- und Breitensport, in unveränderter Höhe weiter. Welche erstklassigen Ergebnisse dabei herauskommen, konnte man bei der Sportlerehrung des KSV erleben, in unserem Kreis haben wir Ironman-Gewinner, Weltrekordhalter, Weltmeister, Europameister, Deutsch Meister, Landesmeister usw. Aber auch das SportCamp in den Sommerferien in Schleswig und die Zeltlager in Weseby und Rantum gehören mit zu der großartigen Arbeit des KSV.

Karsten Stühmer
Kulturausschussvorsitzender SL-FL

Impressum:

Herausgeber:
SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg
Königstraße 4,
24837 Schleswig,
Telefon 04621-27110
KV-Schleswig-Flensburg@spd.de
www.spd-schleswig-flensburg.de
V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender
der SPD Schleswig-Flensburg
Redaktion: Anne Marxen und Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.

Wichtige Termine:

20. April	KV-Sitzung
24. April	Kreistagsfraktion
05. Mai	KV-Sitzung
08. Mai	Kreistagsfraktion
22. Mai	Kreistagsfraktion
5. Juni	Kreistagsfraktion
09. Juni	Kreiskulturkonferenz
10. Juni	Kreisparteitag
19. Juni	Kreistagsfraktion
24. Juni	Kreistag
07. Juli	Kreisvorstand
10. Juli	Kreissommerempfang